

**XX**

Reg.

## **Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**

### **Beer-Haus: Umbauten für den Einzug der Stadtverwaltung; Baukredit**

#### **1. Worum es geht**

Das Beer-Haus an der Bümplizstrasse 45 ging 1978 als Schenkung im Rahmen einer unselbstständigen Stiftung (Max und Elsa Beer Brawand-Fonds) an die Stadt Bern über. Das Gebäude umfasst drei Untergeschosse mit Parkplätzen und Lagerräumen, vier Ober- und ein Attikageschoss. In den Jahren 2007/2008 wurde die Liegenschaft (Gebäudehülle, Haustechnik und Vertikalerschliessung) umfassend saniert. Heute werden das Erdgeschoss und das erste Obergeschoss an den Kanton Bern vermietet. Die übrigen, frei unterteilbaren Geschosse befinden sich im Rohbau und sind nicht vermietet. Im Rahmen der Raum- und Standortoptimierung der Stadtverwaltung hat der Gemeinderat im September 2011 entschieden, das Beer-Haus als Verwaltungsgebäude zu nutzen. Als zukünftige Nutzende sind das Vermessungsamt, das Finanzinspektorat und die städtischen Informatikdienste vorgesehen. Damit die Stadtverwaltung einziehen kann, sind Innenausbauten nötig. Zudem soll im ersten Untergeschoss die Infrastruktur für ein neues städtisches Rechenzentrum geschaffen werden. Für diese baulichen Massnahmen wird dem Stadtrat ein Baukredit von total 10,57 Mio. Franken beantragt.

#### **2. Ausgangslage**

##### *2.1 Das Beer-Haus: Städtisches Gebäude in einem unselbstständigen Fonds*

Die Geschäftsliegenschaft an der Bümplizstrasse 45, 3027 Bern (Beer-Haus), wurde vor vierzig Jahren zur Vorhangproduktion der Möbel Pfister AG erstellt. Die Liegenschaft ging 1978 als Schenkung von Max und Elsa Beer-Brawand im Rahmen einer unselbstständigen Stiftung (Max und Elsa Beer-Brawand-Fonds) an die Stadt Bern über. Der Fonds wird von der städtischen Finanzverwaltung verwaltet, die städtische Liegenschaftsverwaltung ist mit der Bewirtschaftung des Beer-Hauses beauftragt. Die zugewendeten Vermögenswerte sind dem Willen der Stiftenden entsprechend zu verwenden. Der Nettoertrag des Fonds geht gemäss der Verordnung vom 18. August 2004 über den Max und Elsa Beer-Brawand Fonds (Fondsverordnung Max und Elsa Beer-Brawand; FVBB; SSSB 631.66) zu je 25 % an die Universität Bern sowie an die Hochschule der Künste. Die restlichen 50 % des Ertrags teilen sich zahlreiche Organisationen aus den Bereichen Kultur und Sport. Der zu verteilende Nettovermögensertrag, der aus dem Liegenschaftsertrag abzüglich der Amortisation der bestehenden Hypothek und der Bildung einer Rückstellung für einen grösseren Gebäudeunterhalt resultiert, hat sich - bedingt durch Leerstände im Beer-Haus - in den letzten Jahren stark reduziert. Seit 2009 können keine Ausschüttungen mehr an die Begünstigten vorgenommen werden. Die finanzielle Situation des Fonds ist angespannt.

##### *2.2 Kennwerte des Beer-Hauses und Vermietungssituation*

Das Beer-Haus ist ein fünfstöckiger Gebäudekomplex (vier Obergeschosse und ein Attikageschoss) mit drei Untergeschossen. Nach der Übernahme der Liegenschaft durch die Stadt

Bern wandelte sich die Gebäudenutzung grundlegend von einer Produktionsstätte hin zu einem Büro- und Gewerbehäus. Aufgrund zunehmender Vermietungsschwierigkeiten und um zeitgemässe, attraktive Büroräumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, wurde das Beer-Haus in den Jahren 2007/2008 umfassend saniert. So wurden die Gebäudehülle und die veralteten elektrischen Installationen und Lüftungsanlagen, schadhafte Bodenbeläge, Deckenverkleidungen und WC-Anlagen erneuert. Weiter wurde strassenseitig eine Vertikalerschliessung (Glaslift) eingerichtet. Aufgrund dieser Sanierungsmassnahmen entspricht die Gebäudehülle den heute gültigen energietechnischen Anforderungen an ein Bürogebäude. Wegen des Ersatzes fast aller technischen sowie der sanitären Anlagen befindet sich das Beer-Haus auch innen in einem sehr guten Zustand.

Insgesamt stehen im Beer-Haus 9 032 m<sup>2</sup> vermietbare Bürofläche zur Verfügung. Davon sind heute total 3 282 m<sup>2</sup> vermietet. Mieter der Büro- und Schulungsflächen im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss ist der Kanton Bern (total 2 968 m<sup>2</sup>). Die übrige zurzeit vermietete Fläche von knapp 300 m<sup>2</sup> wird ausschliesslich als Lagerfläche genutzt und ist an verschiedene Mieterinnen und Mieter vermietet. Bei den restlichen 5 737 m<sup>2</sup> sind seit dem Auszug des Bundesamts für Bauten und Logistik im Jahr 2004 trotz der aufgezeigten baulichen Massnahmen und der damit verbundenen Steigerung der Attraktivität der Liegenschaft immer wieder grössere Leerstände zu verzeichnen. Für private Interessentinnen und Interessenten war oft die Lage zu wenig zentral, die nähere Umgebung der Liegenschaft zu wenig attraktiv oder es bestanden Bedenken wegen des speziellen dreiecksförmigen Grundrisses mit eher schlechten Lichtverhältnissen in der Mittelzone. Wie vielerorts in der Stadt, besteht zudem auch im Perimeter des Beer-Hauses ein Überangebot an Bürofläche.

### *2.3 Beer-Haus soll zum städtischen Verwaltungsgebäude werden*

Im Januar 2012 hat der Gemeinderat im Rahmen der Raum- und Standortoptimierung und in Kenntnis der bestehenden Schwierigkeiten bei der Vermarktung entschieden, rund 110 Arbeitsplätze der Stadtverwaltung im Beer-Haus zu konzentrieren. Folgt der Stadtrat dem Antrag des Gemeinderats, werden neben den städtischen Informatikdiensten das Vermessungsamt (beide bisher an der Schwanengasse 14) und das Finanzinspektorat (momentan in einer Zumiete an der Weissensteinstrasse 2B) ins Beer-Haus ziehen. Im Gegenzug sollen nach der Sanierung des Verwaltungsgebäudes an der Schwanengasse 14 die ab 1. Januar 2014 in die Stadtverwaltung zurückgeführten Stadtbauten Bern (StaBe) und die Steuerverwaltung an die Schwanengasse 14 ziehen, womit die heutige Zumiete für die Steuerverwaltung (Schwarztorstrasse 31) und jene für die StaBe (Schwanengasse 10) aufgegeben werden kann. Damit die erwähnten Dienststellen ins Beer-Haus ziehen können, müssen die Stockwerke, die sich heute im Rohbau befinden, ausgebaut werden. Aus betrieblichen und sicherheitstechnischen Überlegungen soll gleichzeitig das heutige städtische Rechenzentrum ins Beer-Haus gezügelt werden, was spezielle Infrastrukturen im ersten Untergeschoss bedingt. Für den Innenausbau der Bürogeschosse für das Vermessungsamt, das Finanzinspektorat und die Informatikdienste sowie für die Grundinfrastruktur eines Rechenzentrums beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat einen Kredit von total 10,57 Mio. Franken.

## **3. Das Projekt**

### *3.1 Vorgesehene Nutzung nach einzelnen Geschossen*

Für die Nutzung der leer stehenden Geschosse des Beer-Hauses durch die Stadtverwaltung sind umfangreiche Anpassungs- und Ausbaurbeiten notwendig. Nach eingehenden Vorabklärungen und Sicherheitsprüfungen (Erdbeben, Statik, Brandschutz, Hochwasser, Sabotagerisi-

ko, Zugangsberechtigung, etc.) wurden die Nutzungen wie folgt den jeweiligen Geschossen zugeordnet:

- 1. Untergeschoss: Infrastruktur für ein städtisches Rechenzentrum (Notstromaggregat, notwendige Kühlungs- bzw. Klimaanlage, Universelle Kommunikationsverkabelung [UKV], etc.), Parkgarage, Nebenräume.
- 3. Obergeschoss: Vermessungsamt und Finanzinspektorat.
- 4. Obergeschoss: Informatikdienste.
- Attikageschoss: Informatikdienste, mit Computern bestückter Schulungsraum, gemeinsame Sitzungszimmer, grosses Sitzungszimmer für Bereichs- und Abteilungssitzungen, Cafeteria.

### *3.2 Gestaltung der Bürobereiche*

Die Büroarbeitsplätze werden an den Längsseiten des dreieckigen Grundrisses positioniert. Sitzungszimmer, Rückzugsräume, Lager, Archive, technische Räume und Nebenräume sind als Raumzellen im Zentrum angeordnet. Die Erschliessungsflächen der Arbeitsbereiche werden als Nutzfläche für Begegnungszonen und Lichtlenkung genutzt. Mit einem offenen Bürokonzept ist es möglich, den anspruchsvollen dreieckförmigen Grundriss bestmöglich zu nutzen. Der Zugang für das Vermessungsamt im dritten Obergeschoss erfolgt über das Treppenhaus an der markanten Gebäudeecke zur Bümplizstrasse. Das Finanzinspektorat im dritten Obergeschoss, die Informatikdienste im vierten Obergeschoss und das Attikageschoss sind hingegen über das Haupttreppenhaus Mitte Ostfassade erschlossen. In den Bürogeschossen werden die offenen Arbeitsbereiche für Gruppen, Teams und Bereichsleitungen entlang den beiden Längsseiten des dreieckigen Grundrisses positioniert. Sitzungszimmer und Rückzugsräume sind als zurückversetzte und indirekt mit Tageslicht versorgte Raumzellen angeordnet. Lager, Archive, technische Räume und Nebenräume liegen im Zentrum des schwierig zu nutzenden grossen Dreieckgrundrisses. Die Erschliessungsflächen der grossräumigen Arbeitsbereiche werden deshalb gewinnbringend als Nutzfläche für Begegnungszonen und Lichtlenkung weit in das Rauminnere genutzt. Im Attikageschoss ist ein gemeinsam genutzter Aufenthaltsraum mit einfacher Teeküche und Automaten vorgesehen (keine Gastküche mit Menüausgabe). Nebst dem Angebot von einfachen Snacks können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Infrastruktur nutzen und z.B. ihre mitgebrachten Speisen aufwärmen. Mit dem beantragten Bauprojekt können im Westen von Bern zeitgemässe Arbeitsplätze geschaffen werden.

### *3.3 Untergeschosse für Rechenzentrum und Parkierung*

Für die neuen Dienste sind im ersten Untergeschoss Parkplätze für Dienstfahrzeuge und Besuchende vorgesehen, ebenfalls Velo- und Motoradabstellplätze. Das zweite Untergeschoss wird für das Projekt nicht beansprucht und steht weiterhin als Parkgeschoss zur Verfügung. Das Rechenzentrum mit zugehöriger Infrastruktur befindet sich im ersten Untergeschoss. Sicherheitsüberlegungen, Bodenbelastung und die notwendige Raumhöhe von über drei Metern für die Serveranlage prädestinieren dieses Geschoss. Die hochtechnisierten Räume sind im Zwiebelprinzip so angeordnet, dass das sensible Kernstück des Rechenzentrums optimal vor äusseren Einwirkungen geschützt ist. Der Zugang erfolgt über mehrstufige, durch die Informatikdienste definierte Zutrittskontrollen.

### *3.4 Strategie des Gemeinderats zu den Verwaltungsgebäuden*

Der Gemeinderat verfolgt bei den Verwaltungsgebäuden seit 2007 eine Strategie der Raum- und Standortoptimierung. Damals hatte sich der Gemeinderat gegen den Bau eines Stadthauses für die Stadtverwaltung entschieden. Ausschlaggebend dafür waren unter anderem Kos-

tenüberlegungen und der Wunsch, die wenigen geeigneten Flächen an zentraler Lage für andere stadtexterne Nutzungen freizuhalten.

Hauptziele der Raum- und Standortoptimierung bei den Verwaltungsgebäuden sind die Konzentration der Verwaltung auf weniger Standorte und die optimale Ausnutzung der Arbeitsplatzkapazität stadteigener Immobilien. Weiter wird eine Angleichung der Arbeitsplatzstandards über sämtliche Liegenschaften angestrebt, soweit dies die Strukturen der einzelnen Gebäude zulassen. Eine auf wenige Standorte verteilte Verwaltung soll für die Einwohnerinnen und Einwohner den Vorteil kurzer Wege mit sich bringen und die dienststellenübergreifende verwaltungsinterne Zusammenarbeit erleichtern. Nicht zuletzt lassen sich durch optimale Auslastung der stadteigenen Gebäude die Raumkosten der Stadtverwaltung optimieren.

Seit 2007 konnte die Anzahl der Standorte der Stadtverwaltung von 22 auf 19 reduziert werden. Dadurch konnten die Verträge von drei zugemieteten Objekten gekündigt werden. Im Zusammenhang mit dem Bezug des Beer-Hauses und der Sanierung der Schwanengasse 14 können weitere drei Zumietobjekte aufgelöst werden. Die durch den Gemeinderat eingeschlagene Strategie der schrittweisen Raum- und Standortoptimierung erweist sich damit als erfolgreich. Schwierig ist eine Aussage zu den Auswirkungen auf der Kostenseite: Einerseits entwickeln sich die städtischen Aufgaben laufend - bisherige Aufgaben fallen weg, neue kommen hinzu - was mit Auswirkungen auf den Raumbedarf verbunden ist. Andererseits verändern sich auch die Bedürfnisse an Büroräumlichkeiten. So gelten heute unter anderem bei den Gebäudehüllen der städtischen Verwaltungsgebäude andere verbindliche Vorgaben als noch vor fünf Jahren (beispielsweise bezüglich Minergie-Standard). Zudem handelt es sich bei vielen der städtischen Liegenschaften um historische Gebäude. Deren Gebäudestruktur und architektonische Bedeutung (Denkmalschutz) lassen eine optimale Nutzung als Büroräumlichkeiten (keine Grossraumbüros möglich) nur in begrenztem Umfang zu, womit sich die geltenden Flächenstandards nicht mit letzter Konsequenz durchsetzen lassen.

### *3.5 Nutzen des Geschäfts*

#### *Verwaltung wird weiter konzentriert*

Mit der künftigen Nutzung des Beer-Hauses können weitere Zumieten aufgelöst und die Verwaltung im Sinne der Strategie des Gemeinderats auf weniger Standorte konzentriert werden. Als direkte Folge wird die Zumiete des Finanzinspektorats an der Weissensteinstrasse 2B aufgelöst werden. Mit dem Umzug der Informatikdienste und des Vermessungsamts ins Beer-Haus entsteht an der Schwanengasse 14 zudem zusätzlicher Platz, um nach deren Umbau die Zumieten der Steuerverwaltung und der Stadtbauten aufzulösen. Als weiterer Nebeneffekt lassen sich die publikumsintensiven Dienstleistungen der Steuerverwaltung an eine zentrale, bahnhofsnahe Lage verschieben. Ausserdem bietet das Beer-Haus Raumreserven und zusätzliches Potential für eine weitere Konzentration der Verwaltung.

#### *Positives Signal an Berns Westen*

Im Westen der Stadt ist eine erfreuliche Entwicklung im Gange. Neuer Wohnraum ist in Bern-Brünnen entstanden, die Verkehrsinfrastruktur wurde mit dem Tram Bern West verbessert und mit dem Zentrum Westside setzte die Privatwirtschaft einen städtebaulichen Ankerpunkt. Die Verlegung eines Teils der Stadtverwaltung ins Beer-Haus kann Berns Westen einen weiteren Impuls geben, was der Gemeinderat auch als politisches Zeichen an den Westen der Stadt Bern wertet.

### *Investitionsschutz und finanzielle Gesundung des Max und Elsa Beer Brawand-Fonds*

Ende 2005 (Kredit) und anfangs 2007 (Aufstockung Kredit) sprach der Gemeinderat insgesamt 9,45 Mio. Franken zulasten des Max und Elsa Beer-Brawand-Fonds, um das Beer-Haus umfassend zu sanieren und um insbesondere die Voraussetzungen für eine zeitgemässe Büro- und Nutzung des Gebäudes zu schaffen (zu den erfolgten Sanierungsarbeiten vgl. Ziffer 2.2). Als Folge davon schuldete der Max und Elsa Beer Brawand-Fonds per 31. Dezember 2011 dem steuerfinanzierten Haushalt 9,01 Mio. Franken (Darlehen) und der Personalvorsorgekasse 7,75 Mio. Franken (Hypothek). Der Verkehrswert der Liegenschaft beträgt gemäss einer Schätzung der Liegenschaftsverwaltung vom 15. März 2011 18,37 Mio. Franken. Mit der Nutzung des Beer-Hauses als Verwaltungsgebäude werden die städtischen Investitionen geschützt und der Max und Elsa Beer Brawand-Fonds auf längere Sicht wieder ins finanzielle Lot gebracht. Zu bemerken ist, dass die Gesamtschuld bei der Übernahme der Liegenschaft durch die Stadt im Jahr 1978 bereits 12 Mio. Franken betrug.

### *3.6 Baumassnahmen in der Übersicht*

#### *Anpassungen am Gebäude:*

- Baulicher Brandschutz nach geltenden Vorschriften,
- Nötige Anpassungen/Ergänzungen der haustechnischen Lüftungsanlage und der elektrischen Installationen,
- Ausbau der Wärmerückgewinnung,
- Anpassung Elektrische Installation (UKV),
- Anpassung der Sprinkleranlage,
- Anstriche an Wänden und Decken,
- Dusche/Garderobe für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

#### *Ausbau der Bürogeschosse:*

- Erfüllung der Baustandards gemäss gültigem Rahmenvertrag: Erschliessung, Beleuchtung, Akustik, innere Oberflächen,
- zeitgerechte Arbeitsplatzgestaltung (Bürolandschaft),
- Schaffung einer flexibel nutzbaren Bürostruktur mit Normtrennwandsystem,
- Neuer Bodenbelag,
- Neue interne Erschliessung zwischen dem vierten Obergeschoss und dem Attikageschoss.

#### *Einbau Rechenzentrum:*

- Infrastruktur für ein neues Rechenzentrum inklusive allen Nebenräumen.

## **4. Kosten und Finanzierung**

### *4.1 Anlagekosten*

Die vorliegende Kostenschätzung für die Ausführung der vorgesehenen Massnahmen - Büro- und Rechenzentrum - beträgt im Sinne eines Kostendachs inklusive Mehrwertsteuer Fr. 10 570 000.00 (Preisstand Oktober 2011, Baukostenindex BFS Espace Mittelland, Hochbau allgemein, 101,9 Punkte). Der gegenwärtige Projektstand entspricht einem Vorprojekt mit einer Kostengenauigkeit von +/-20 %, in einigen Positionen wie z.B. beim Büroausbau

+/-10 %. Zeichnet sich eine Überschreitung der Anlagekosten ab, wird mit geeigneten Verzichtsmassnahmen die Einhaltung des Kostendachs sichergestellt.

#### 4.2 Baukosten gemäss Baukostenplan (BKP):

##### *Mieterausbau Bürogeschoss*

BKP 1 Vorbereitungsarbeiten	Fr.	0.00
BKP 2 Gebäude	Fr.	4 236 890.00
BKP 4 Umgebung	Fr.	1 000.00
BKP 5 Baunebenkosten	Fr.	652 549.00
BKP 9 Ausstattung	Fr.	694 561.00

Total Anlagekosten	Fr.	5 585 000.00
Genauigkeit Kostenvoranschlag		10 %

##### *Mieterausbau Rechenzentrum*

BKP 1 Vorbereitungsarbeiten	Fr.	43 000.00
BKP 2 Gebäude	Fr.	4 347 329.00
BKP 4 Umgebung	Fr.	0.00
BKP 5 Baunebenkosten	Fr.	594 671.00
BKP 9 Ausstattung	Fr.	0.00

Total Anlagekosten	Fr.	4 985 000.00
Genauigkeit Kostenvoranschlag		20 %

##### *Mieterausbau Bürogeschoss und Rechenzentrum*

BKP 1 Vorbereitungsarbeiten	Fr.	43 000.00
BKP 2 Gebäude	Fr.	8 604 369.00
BKP 4 Umgebung	Fr.	1 000.00
BKP 5 Baunebenkosten	Fr.	1 246 883.00
BKP 9 Ausstattung	Fr.	674 748.00

**Kostendach (= Antrag Baukredit) Fr. 10 570 000.00**

#### 4.3 Finanzierung

Die StaBe mieten die Räumlichkeiten im Rohbau vom Max und Elsa Beer Brawand-Fonds. Sie erstellen und finanzieren die Ausbauten. Den das Beer-Haus nutzenden städtischen Dienststellen werden ausgebaute Büroflächen vermietet (Rohbau- und Ausbaumiete).

#### 4.4 Mietfolgekosten

Zumietkosten Büroflächen Beer-Haus (Fr. 140.00 m <sup>2</sup> /pro Jahr)	Fr.	585 337.00
Ausbaumiete Bürogeschosse Beer-Haus pro Jahr	Fr.	335 100.00
Total Miete Beer-Haus Büroflächen pro Jahr	Fr.	920 437.00
Zumietkosten Lagerflächen Beer-Haus (für Vermessungsamt) Fr. 90.00 m <sup>2</sup> /pro Jahr	Fr.	27 540.00
<b>Total Miete Beer-Haus Büroflächen und Lager Vermessungsamt pro Jahr</b>	<b>Fr.</b>	<b>947 977.00</b>

Zumietkosten Lagerflächen Beer-Haus (für Rechenzentrum) Fr. 90.00 m <sup>2</sup> /pro Jahr	Fr.	70 686.00
Miete aus Mieterausbau pro Jahr für das Rechenzentrum	Fr.	351 100.00

**Total Mietkosten für das Rechenzentrum pro Jahr** Fr. 421 786.00

**Total Miete Beer-Haus inklusive Mieterausbau für das Rechenzentrum** Fr. 1 369 763.00

Abzüglich heutige Mieten für die Informatikdienste,  
das Vermessungsamt und das Finanzinspektorat  
(Schwanengasse 14 und Weissensteinstrasse 2B) Fr. - 634 850.00

**Total Mehrmiete Beerhaus inklusive Mieterausbau Rechenzentrum** Fr. 734 913.00

Heiz- und Betriebskosten pro Jahr (Schätzung) Fr. 765 500.00

Aufgrund einer Gesamtbetrachtung der Mietflächen Beer-Haus, Schwanengasse 14 und der auflösbaren Zumieten Schwarztorstrasse 31 und Schwanengasse 10 kann, unter Ausklammerung der Kosten für die Infrastruktur des Rechenzentrums, festgehalten werden, dass keine Mehrmiete generiert wird. In einer frühen Phase des Projekts, als die Bedürfnisse der künftigen Mieterinnen und Mieter noch nicht abschliessend bekannt waren, wurde noch von Einsparungen in der Höhe eines tiefen sechsstelligen Betrags ausgegangen.

## 5. Termine

Das Projekt steht im Zusammenhang mit der Gesamtsanierung des Verwaltungsgebäudes an der Schwanengasse 14. Die Bauarbeiten an der Schwanengasse 14 können erst begonnen werden, wenn das Vermessungsamt und die Informatikdienste inklusive Rechenzentrum anderweitig untergebracht sind. Der Baustart für die Sanierung der Schwanengasse 14 ist für Januar 2014 vorgesehen.

Projektierung inkl. Baubewilligungsverfahren	3 und 4. Quartal 2012
Baubeginn	1. Quartal 2013
Übergabe an Betrieb Bürogeschosse	3. Quartal 2013
Übergabe an Betrieb Rechenzentrum	4. Quartal 2013
Projektabschlussrechnung	1. Quartal 2014

## 6. Exkurs: Neues städtisches Rechenzentrum im Beer-Haus

Wie ausgeführt, soll als Ersatz für das heutige Rechenzentrum im Verwaltungsgebäude an der Schwanengasse 14 im Beer-Haus die Infrastruktur für ein neues städtisches Rechenzentrum realisiert werden. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Frage, ob die Stadt selber ein Rechenzentrum betreiben oder sich bei einer auf den Betrieb von Rechenzentren spezialisierten Dienstleistungsunternehmung einmieten soll, umstritten ist. Vergleiche mit anderen grossen Städten und mit Kantonen zeigen, dass beide Lösungen anzutreffen sind. Aufgrund eingehender Abklärungen und Analysen ist der Gemeinderat jedoch überzeugt, dass es für die Stadt vorteilhaft ist, ein eigenes Hauptrechenzentrum zu betreiben. Für das städtische Notfallrechenzentrum sieht der Gemeinderat hingegen eine Colocation-Lösung vor. Der Gemeinderat legt im Folgenden die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen dar.

### 6.1 Ausgangslage bezüglich städtischem Rechenzentrum

Die Informatikdienste der Stadt Bern sind für Informatikbelange der Stadtverwaltung, der Stadtbauten Bern, BERNMOBIL und der städtischen Volksschulen zuständig. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, betreiben die Informatikdienste ein eigenes Rechenzentrum (RZ), welches heute im Verwaltungsgebäude an der Schwanengasse 14 untergebracht ist. Für die kommenden Jahre werden sich die Rahmenbedingungen für die Informatikdienste und das RZ deutlich ändern:

- *Umbau Schwanengasse 14:* Auf den 1. Januar 2014 müssen die Räumlichkeiten an der Schwanengasse 14 leer sein, da zu Beginn des Jahrs 2014 die Gesamtanierung des Gebäudes beginnen soll. Um durch den Umbau verursachte Risiken zu vermeiden, bedeutet dies auch, dass ab diesem Zeitpunkt das heutige RZ ausser Betrieb und ein neues RZ bereits in Betrieb sein muss. Das heutige städtische Rechenzentrum an der Schwanengasse 14 genügt betrieblichen und sicherheitstechnischen Anforderungen nur noch bedingt. Zudem soll das Verwaltungsgebäude an der Schwanengasse 14 saniert und gleichzeitig verdichtet werden, womit der Platz des heutigen Rechenzentrums anderweitig gebraucht wird.
- *Umzug ins Beer-Haus:* Die Informatikdienste werden auf Ende 2013, unter Vorbehalt der Zustimmung durch den Stadtrat, ihre Büroräumlichkeiten, sämtliche Arbeitsplätze und das RZ ins Beer-Haus an die Bümplizstrasse 45 verlegen. Die Büros werden sich im vierten und fünften Obergeschoss, das neue Rechenzentrum im ersten Untergeschoss befinden.
- *Aufbau eines zweiten Rechenzentrums:* Im Juni 2010 hat der Gemeinderat im Grundsatz beschlossen, dass zur Minimierung von Ausfallrisiken bei der städtischen Informatik und zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der stark von Informatiklösungen abhängigen Stadtverwaltung in ausserordentlichen Situationen durch die Informatikdienste ein zweites RZ im Sinne eines Notfall-RZ zu betreiben ist.

### 6.2 Prüfung verschiedener Vorgehensvarianten

Die Informatikdienste haben vier mögliche Varianten für die Unterbringung des neuen RZ in Erwägung gezogen:

- *Variante 1:* Unterbringung der Rechenzentren in geeigneten bestehenden Räumen der Stadt Bern oder in zugemieteten Räumen verwaltungsnaher Organisationen. Die gesamte Infrastruktur (Stromversorgung, Klima, Sicherheitsvorkehrungen, Gestelle, Verkabelung und Informatikausrüstungen) wird durch die Informatikdienste beschafft.
- *Variante 2:* Einmietung in bereits bestehende, verwaltungsnaher Rechenzentren (Gemeinden, Kanton, Bund). Hier wäre die Grundinfrastruktur (Stromversorgung, Klima, Sicherheitsvorkehrungen, Gestelle) grösstenteils bereits vorhanden.
- *Variante 3:* Berücksichtigung der Anforderungen für ein städtisches RZ in der Planungsphase eines städtischen Bauprojekts (Neu- oder Umbauten) und Realisierung in Abstimmung mit dem Bauprojekt.
- *Variante 4:* Vollständiges Outsourcing der Grundinfrastruktur (Housing-/Colocationlösung).

Die Informatikdienste haben Gemeinden der Agglomeration Bern, den Kanton und den Bund angefragt, ob eine Möglichkeit besteht, ein städtisches RZ in ein bereits bestehendes RZ einzubringen oder ob allenfalls für eine RZ geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen würden.

Die Gemeinden Belp, Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen, Muri-Gümligen, Ittigen, Kehrsatz, Kirchlindach, Köniz, Krauchthal, Moosseedorf, Rubigen, Worb-Rüfenacht, Stettlen, Woh-



len und Zollikofen wurden betreffend der Möglichkeiten für eine Unterbringung eines Rechenzentrums der Stadt Bern angeschrieben. Zudem wurden mit Vertretenden einzelner Gemeinden persönliche Gespräche zwecks Vertiefung der erhaltenen Informationen geführt.

Für die Abklärungen betreffend städtisches RZ beim Kanton wurde einerseits die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, Amt für Grundstücke und Gebäude und andererseits die Finanzdirektion, Amt für Informatik und Organisation angegangen. Das Amt für Grundstücke und Gebäude klärte sämtliche kantonalen Möglichkeiten ab.

Auf Bundesebene bestanden Kontakte mit dem Eidgenössischen Departement des Innern (Generalsekretariat), mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement (Bundesamt für Bauten und Logistik und Bundesamt für Informatik und Telekommunikation) sowie mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (Generalsekretariat, armasuisse, Führungsunterstützungsbasis der Armee). Die Abklärungen mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik umfassten mit Ausnahme der armasuisse sämtliche Möglichkeiten der Bundesverwaltung im Raum Bern.

Weitere Kontakte ergaben sich mit BERNMOBIL, Energie Wasser Bern (ewb), der ARA Neubrück, der Schweizerischen Post betreffend Post Freiburgstrasse und Schanzenpost und der Swisscom. Zudem wurden diverse Zivilschutzanlagen als potentielle Standorte für ein RZ geprüft.

Aufgrund dieser Abklärungen kamen die Informatikdienste zum Schluss, dass im Raum Bern keine Möglichkeiten bestehen, das städtische RZ in ein bereits bestehendes RZ einer anderen Gemeinde, des Kantons oder des Bundes einzubringen. Auch die Suche nach geeigneten bestehenden Räumen, welche die Stadt für ihr RZ nutzen könnte, verlief erfolglos.

Nachdem keine Einbringungsmöglichkeiten in bestehende, verwaltungsnahen Lokalitäten gefunden werden konnten, prüften die Informatikdienste, ob sich ein RZ in einem städtischen Neu- oder Umbauprojekt realisieren liesse. Hier standen zwei Projekte im Vordergrund: Das neu als städtisches Verwaltungsgebäude dienende Beer-Haus und ein Neubau des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik am Centralweg. Die Option Centralweg wurde inzwischen aus Kostengründen verworfen, die Option Beer-Haus weiterverfolgt. Gleichzeitig wurde auch die Colocation-/Housing-Lösung weiter geprüft.

### *6.3 Städtisches Rechenzentrum im Beer-Haus: Überlegungen zur Dimensionierung*

Für die Dimensionierung des städtischen Hauptrechenzentrums im Beer-Haus haben die Informatikdienste verschiedene Szenarien berechnet. Berücksichtigt wurde unter anderem, dass der Stromverbrauch pro Einheit (beispielsweise pro Server) zukünftig zwar sinken wird und aufgrund der zunehmenden Server-Virtualisierung ebenfalls weniger Strom und Platz pro Einheit benötigt wird, dass aber andererseits weiterhin davon ausgegangen werden muss, dass der Speicherbedarf und die Anzahl angebotener Services innerhalb der städtischen Informatik zunehmen werden. So wird insbesondere ein weiterer grosser Zentralisierungsschub - und damit ein noch stärkerer Bedarf an RZ Infrastruktur - durch die in ca. vier bis fünf Jahren im Rahmen der nächsten Migration der Client-Plattform mit grosser Wahrscheinlichkeit stattfindenden Desktop Virtualisierung erwartet. Der Ausbau des neuen RZ soll aufgrund der Ausgangslage zweistufig mit folgenden Hauptparametern geschehen:

- *Stufe 1 (Grundausbau):* 24 Gestelle, Strombedarf 150 kW inklusive Räumlichkeiten, Stromversorgung, Klima, Sicherheitsvorkehrungen und Notstromaggregat. Mit der Stufe 1

werden die heutigen Infrastruktur-Bedürfnisse abgedeckt und ein vernünftiges Mass an Reserven geschaffen, um mittelfristig Projekte und Services realisieren und damit Kundenanforderungen flexibel und kurzfristig erfüllen zu können.

- *Stufe 2 (Erweiterung):* Total 48 Gestelle, Strombedarf total 300 kW. Falls die gemachten Annahmen, Abschätzungen und Planwerte eintreten, dürfte in ungefähr fünf Jahren ein weiterer Grundinfrastrukturausbau im Umfang von rund 1,5 Mio. Franken erforderlich sein (Stufe 2). Dieser Betrag setzt sich aus dem modularen Ausbau von Stromversorgung, Batterien, Klimageräten, Doppelboden, Gestellen und Verkabelung zusammen.

Hinzu kommen die Kosten für die eigentliche Informatik-Infrastruktur (Speicher, Server, Netzwerk, etc.), welche in der Grössenordnung von 1,5 Mio. Franken liegen dürften. Dieser Wert ist jedoch mit grösster Vorsicht zu geniessen, da die technische Einrichtung des neuen RZ erst gegen Ende 2012 konzeptioniert sein und im 1. Quartal 2013 ausgeschrieben wird.

Gegen den Betrieb eines eigenen RZ wird häufig das Argument ins Feld geführt, dass es sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sei, eine Auslastungsprognose für ein RZ über einen längeren Zeitraum zu erstellen. Wegen des rasanten Wandels der Informationstechnologie und der damit verbundenen Technologiesprünge könne bestenfalls drei bis fünf Jahre in die Zukunft geschaut werden. Dies habe zur Folge, dass ein RZ über die Betriebsdauer gesehen unter- oder überdimensioniert sei. Der Gemeinderat ist sich dieser Problematik bewusst. Er ist aber davon überzeugt, dass das Risiko, ein falsch dimensioniertes RZ zu bauen, klein ist. Die räumlichen Gegebenheiten im Beer-Haus ermöglichen ein sinnvolles zweistufiges Vorgehen. Die erste Ausbaustufe basiert auf dem heutigen Bedarf mit einer vernünftigen Reserve, die zweite Stufe auf einer realistischen Prognose.

#### *6.4 Outsourcing zu Housing-/Colocation-Anbietern*

Die Informatikdienste haben auch untersucht, zu welchen Bedingungen ein Outsourcing der Grundinfrastruktur möglich wäre. Zu diesem Zweck wurden sieben lokal verankerte Colocation-Anbieterinnen und -Anbieter angeschrieben und um eine Grobofferte gebeten. Berücksichtigt wurden nur lokale Anbietende, weil ansonsten der rasche Zugang durch die Informatikdienste nicht mehr gewährleistet werden könnte und die Kosten für Datenleitungen im Verhältnis zu teuer würden. Um eine vertretbare Vergleichbarkeit zu einem Eigenbau zu erhalten, wurden im den Firmen abgegebenen Pflichtenheft ebenfalls zwei Ausbaustufen als Grundlage aufgeführt.

#### *Angefragte Colocation-Anbieter*

Im Mai 2012 wurde bei sieben lokalen Colocation-Anbietern eine Grobofferte eingeholt:

- NTS Workspace (Angebot erhalten)
- Bedag Informatik (Angebot erhalten)
- Swisscom, Grossunternehmen (keine freie Kapazität in Bern)
- T-Systems Schweiz (keine freie Kapazität)
- DV Bern AG (zu wenig freie Kapazität)
- Begasoft (mit NTS)
- icx GmbH (mit NTS)

Wie aus den Klammerbemerkungen ersichtlich, haben zwei Anbietende ein Angebot unterbreitet, drei haben keine oder zu wenig Kapazität verfügbar und zwei arbeiten mit einem Dritt-Anbietenden zusammen, weshalb sie sich im gleichen Kostenrahmen bewegen.

*Kostenüberblick*

Aus den erhaltenen Offerten und den eigenen Kostenberechnungen ergeben sich folgende Kostenblöcke in Franken:

	<b>Bedag</b> Tier III	<b>NTS 2 (n+1)</b> Tier IV	<b>NTS (n+1)</b> Tier III	<b>eRZ 10</b> Tier II-III	<b>eRZ 20</b> Tier II-III
<b>Kosten für die Jahre 1 bis 5</b> (24 Racks, 150kW)					
Einmalige Kosten	150 100.00	357 500.00	322 500.00	105 000.00	105 000.00
Wiederkehrende Kosten, jährlich	722 171.74	896 540.00	707 540.00	1 024 023.20	765 065.20
<b>Total Kosten über 5 Jahre (Jahr 1 bis 5)</b>	<b>3 760 958.70</b>	<b>4 840 200.00</b>	<b>3 860 200.00</b>	<b>5 225 116.00</b>	<b>3 930 326.00</b>
<b>Kosten für die Jahre 6 bis 10</b> (48 Racks, 300kW)					
Einmalige Kosten	18 300.00	135'000.00	100'000.00	0.00	0.00
Wiederkehrende Kosten, jährlich	1 228 332.27	1 636 880.00	1 258 880.00	1 422 856.40	1 085 943.40
<b>Total über 5 Jahre (Jahr 6-10)</b>	<b>6 159 961.35</b>	<b>8 319 400.00</b>	<b>6 394 400.00</b>	<b>7 114 282.00</b>	<b>5 429 717.00</b>
<b>Total über 10 Jahre</b>	<b>9 920 920.05</b>	<b>13 159 600.00</b>	<b>10 254 600.00</b>	<b>12 339 398.00</b>	<b>9 360 043.00</b>
jährliche Kosten ab Jahr 11	1 228 332.27	1 148 640.00	869 640.00	813 066.40	1 085 943.40
jährliche Kosten ab Jahr 16	1 228 332.27	1 148 640.00	869 640.00	629 466.40	1 085 943.40
jährliche Kosten ab Jahr 21	1 228 332.27	1 148 640.00	869 640.00	629 466.40	735 111.40

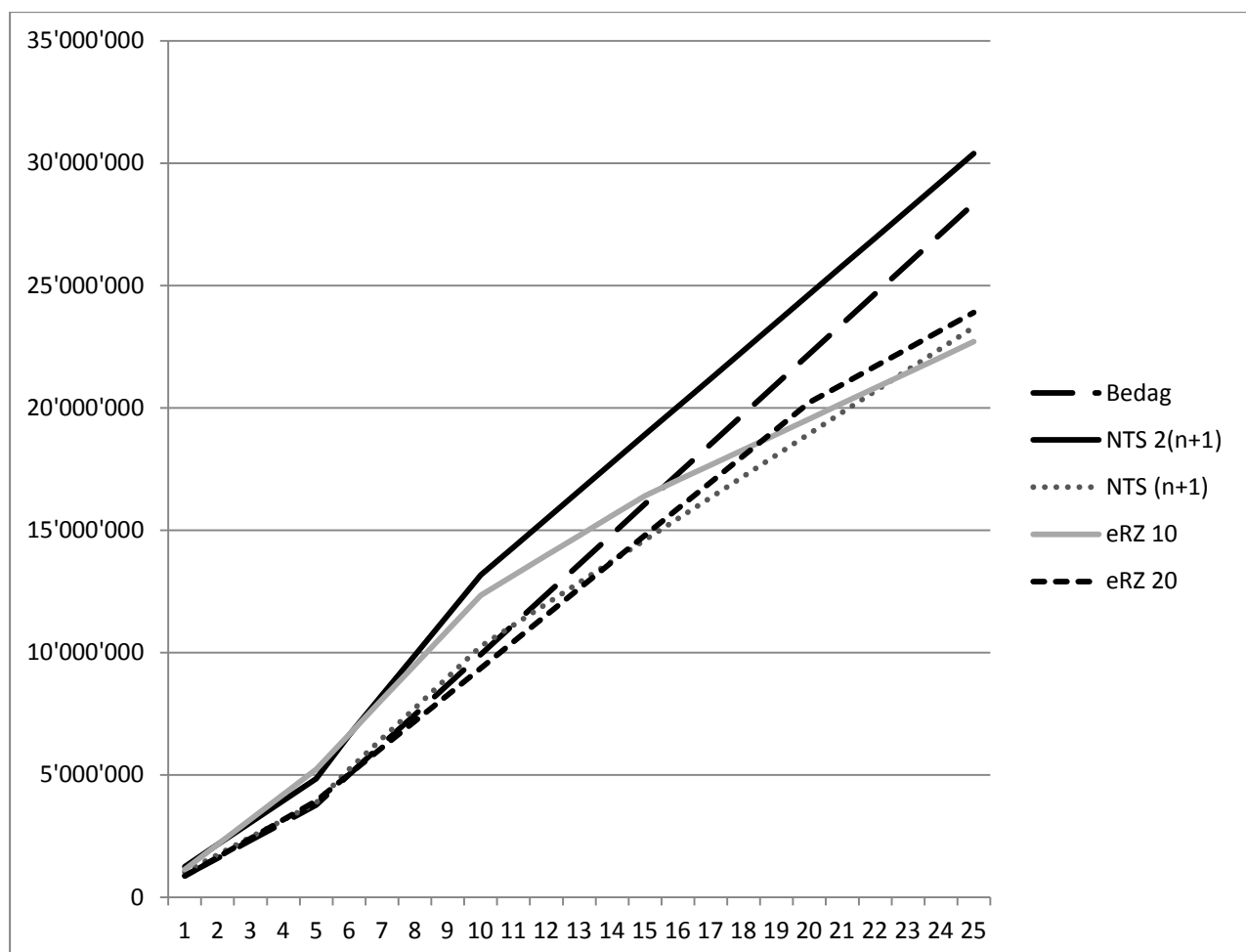
*Erklärungen zur obigen Darstellung der Kosten*

- Tier I bis IV ist eine Klassifizierung bezüglich Datensicherheit, Verfügbarkeit und Zugangsschutz. Je höher der Tier-Level, desto besser, aber auch desto teurer.
- n+1: Für den normalen RZ-Betrieb werden n Komponenten für Klimatisierung, Unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV) etc. benötigt. Damit der Ausfall einer Komponente nicht zu einem Betriebsstillstand führt, ist von dieser Komponente eine zusätzliche in Betrieb, welche einen allfälligen Ausfall einer anderen Komponente kompensieren kann. Die Firma NTS hat zwei Angebote offeriert, einmal mit Tier-Level IV, einmal mit Tier III. Bei Tier IV ist die ganze Anlage redundant ausgelegt mit doppelten Versorgungswegen, bei Tier III nur einzelne Komponenten.

- eRZ: eigenes Rechenzentrum der Informatikdienste, einmal über 10, das andere Mal über 20 Jahre abgeschrieben.
- Je nach Preismodell sind die einmaligen Kosten höher oder tiefer. Je tiefer die einmaligen Kosten sind, desto mehr Kostenanteile wurden in die wiederkehrenden Kosten eingerechnet.
- Die aufgeführten Kostenblöcke sind inklusive Grundinfrastruktur, Strom, Wartung, Betrieb und Mieten.

Wie die obige Kostentabelle belegt, ist ein eigenes Rechenzentrum, dessen Infrastruktur über 10 Jahre abgeschrieben wird, wegen der hohen Anfangsinvestitionen über einen Zeitraum von fünf Jahren die teuerste Lösung (rund ein Drittel teurer als die günstige Lösung). Ein eigenes Rechenzentrum, das über 20 Jahre abgeschrieben wird, ist jedoch über den gleichen Zeitraum bereits ungefähr gleich teuer wie eine Colocation-Lösung. Je länger der betrachtete Zeitraum wird, desto vorteilhafter wird der Bau eines stadteigenen Rechenzentrums. Bei einem Betrachtungshorizont von 10 Jahren ist ein eigenes RZ mit einer Abschreibungsdauer von 20 Jahren die günstigste Lösung und bei einer Abschreibungsdauer von 10 Jahren befindet sich ein eigenes RZ im Mittelfeld. Aus Kostensicht gibt es keine eindeutig günstigste Variante, was auch nicht zu erstaunen vermag: Colocation Anbietende können zwar Skaleneffekte nutzen, da sie in der Regel grössere RZ betreiben als die Stadt, gleichzeitig sind sie aber auch darauf angewiesen, aus ihrer Geschäftstätigkeit Gewinn zu erzielen.

Die kumulierten Kostenverläufe der Varianten über 25 Jahre lassen sich wie folgt darstellen:



Weil der Gemeinderat davon überzeugt ist, dass die Stadt Bern über einen langen Zeitraum ein RZ benötigen wird, zieht er aus den vorliegenden Zahlen und aus den kumulierten Kostenverläufen das Fazit, dass sich der Betrieb eines eigenen RZ auch finanziell lohnt.

#### SWOT-Analyse

Es wäre falsch, den Entscheid für oder gegen ein stadteigenes RZ nur von finanziellen Erwägungen abhängig zu machen. Neben der Kostenbetrachtung spielen weitere Faktoren eine wichtige Rolle. Für eine möglichst objektive Beurteilung erstellten die Informatikdienste eine SWOT-Analyse um die Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren der beiden Lösungen einander gegenüber zu stellen.

#### Stärken/Schwächen Colocation-Lösung versus Eigenbau

	Colocation	Eigenbau
<b>Stärken</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kostentransparenz.</li> <li>- Abgestufte Investitionen, Kosten fallen nur für das an, was wirklich benötigt wird (dennoch sind eine gute Planung und Vorreservation nötig).</li> <li>- Skalierbarkeit in Bezug auf die Infrastruktur.</li> <li>- Stromredundanz (Generator, zwei Einspeisungen).</li> <li>- Infrastruktur-Profis vor Ort, eine Ansprechperson für RZ-Infrastruktur.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Herz der städtischen IT bleibt in Stadthand.</li> <li>- Vollständige Kontrolle über Zutritt, Ausbaustandard, Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit und Wartungsqualität.</li> <li>- Bei Abschreibung über 20 Jahre (eRZ 20) kaum Kostenunterschiede zu Colocation. Bei langen Laufzeiten ist der Eigenausbau vorteilhaft.</li> <li>- Keine Fremdbeeinflussung durch weitere RZ-Nutzende.</li> <li>- Sofortige Vor-Ort-Intervention und tägliche Kontrollgänge möglich.</li> <li>- Höhere Motivation und Identifikation der Mitarbeitenden der Informatikdienste durch Jobenrichment, Know-how-Verbreiterung und zusätzlicher Verantwortung mit zugehörigen Kompetenzen und Beeinflussungsmöglichkeiten.</li> <li>- Mietanteil bleibt innerhalb der Stadt.</li> </ul>
<b>Schwächen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausschreibung und Vertrag müssen äusserst genau ausgestaltet sein, was entsprechend komplex ist (technische und juristische Fragestellungen).</li> <li>- Überraschungen sind nur durch langfristige Verträge und Zusicherungen vermeidbar. Bei Streitigkeiten muss trotzdem Rechts-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedingt vorhandene und geeignete Räumlichkeiten.</li> <li>- Grosse Investition und kontinuierliche Unterhaltskosten.</li> <li>- Grosses Projektvorhaben; erfordert genügend Ressourcen und ein konsequentes Kosten- und Umsetzungscontrolling.</li> <li>- Die Kostenkurve für den Eigenbau</li> </ul>

	<p>weg beschritten werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Jegliche Vertragsabweichung resultiert in Zusatzkosten.</li> <li>- Es besteht eine Abhängigkeit zu den Dienstleistungsanbietenden, höchstens beschränkte Einflussnahme auf Zutritt, Sicherheit, Qualität, Wartung und Lifecycle-Management.</li> <li>- Vertrauen in Dienstleistungsunternehmen und dessen Mitarbeitende zwingend.</li> </ul>	<p>ist vor allem bei einer Abschreibung über 20 Jahre vorteilhaft, was einen entsprechend langfristigen RZ-Betrieb voraussetzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Koordination zu verschiedenen Infrastruktur-Profis notwendig (mehr Verträge, diese sind aber weniger komplex als bei einer Colocation-Lösung).</li> </ul>
--	--	--

*Chancen/Risiken einer Colocation-Lösung versus Eigenbau*

	<b>Colocation</b>	<b>Eigenbau</b>
<b>Chancen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schneller realisierbar, da die Infrastrukturen bereits bestehen.</li> <li>- Flexiblere Netzwerkanbindung durch mehrere Provider.</li> <li>- Personelle Ressourcen der Informatikdienste werden weniger belastet.</li> <li>- Tiefere Kosten, wenn das RZ weniger als 10 Jahre betrieben wird.</li> <li>- Geeigneter als Übergangs- oder kurzzeitige Lösung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Genügend Platzreserven für kurzfristigen Ausbau.</li> <li>- Flexiblere Skalier- und Ausbaubarkeit, da Colocation-Verträge aus Kostengründen nur wenige Ausbauschritte zulassen.</li> <li>- Kompensation der Investitionskosten durch eigene Colocation- (Vermietung) oder Cloud-Angebote.</li> <li>- Neue Anforderungen können flexibler und effizienter umgesetzt werden.</li> <li>- Notfallübungen und Krisenmanagement ohne Abhängigkeiten zu externem Dienstleistungsunternehmen.</li> </ul>
<b>Gefahren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Höhere Gefahr an unbefugtem Zutritt und unberechtigtem Zugriff auf Stadt-Daten.</li> <li>- Mangelhafte Serviceleistungen und Beeinflussung der Systemverfügbarkeit.</li> <li>- Beschränkte Flexibilität bezüglich Ausbauschritte.</li> <li>- Platzreservation und Skalierung auf angestrebten Endausbau erzeugen Vorhaltungskosten, welche die Stadt zumindest mittragen müsste.</li> <li>- Nach Vertragsablauf sind beliebige Preisanpassungen möglich.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterschätzung der Initialisierungskosten.</li> <li>- Projektrisiken und Zeitverzögerungen (z.B. Einsparungen).</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überflüssige Kosten (zum Beispiel Vorhaltekosten), wenn Leistungen aufgrund eines veränderten Bedarfs nicht mehr benötigt werden.</li> <li>- Schadenersatzforderungen bei vorzeitigem Vertragsausstieg aufgrund von Unzufriedenheit mit der Leistungserbringerin.</li> <li>- Insolvenz oder Übernahme des Colocation-Unternehmens.</li> <li>- Nur beschränkte Beeinflussungsmöglichkeiten.</li> </ul>	
--	--	--

*Fazit zum weiteren Vorgehen bei den städtischen Rechenzentren*  
Zusammenfassend zieht der Gemeinderat das folgende Fazit:

- Die Kostenkurven liegen nahe beisammen, womit sich sowohl eine Colocation-Lösung, als auch ein Eigenbau rechtfertigen lassen. Je länger der Betrachtungshorizont, desto vorteilhafter schneidet der Bau eines stadteigenen RZ ab.
- Der Gemeinderat möchte das Haupt-Rechenzentrum im Beer-Haus als Eigenbau realisieren und das Notfallrechenzentrum nach einer beschaffungsrechtskonformen Ausschreibung und rechtsverbindlichen Angeboten über eine Colocation-Lösung umsetzen. Er beantragt daher dem Stadtrat, dem vorgelegten Bauprojekt zuzustimmen.
- Mit dieser Lösung können Risiken (beispielsweise vollständige Abhängigkeit zu Colocation-Anbieterin bezüglich Service- und Wartungsleistungen, Systemverfügbarkeit, Lifecycle-Management und Preisentwicklung/unbefugter Zugang oder Datenzugriff/langfristige Vertragsbindung ohne einfache Möglichkeit eines Anbieterinnen-Wechsels/Insolvenz) minimiert, Abläufe vereinfacht, die Motivation und Identifikation der Mitarbeitenden erhöht sowie gleichzeitig Erfahrungen mit einer Colocation-Lösung gesammelt werden.

### **Antrag**

1. Das Projekt Beer-Haus: Umbauten für den Einzug der Stadtverwaltung; Baukredit wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit von Fr. 10 570 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Stadtbauten Bern, Konto PB12-003, bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 15. August 2012

Der Gemeinderat